

«Vom Breitsch füre Breitsch»

Für alle – statt für wenige: keinen Platz der Armut!

► Im Kanton Bern haben letztes Jahr 51'000 Menschen Sozialhilfe bezogen, 97'000 Menschen gelten als armutsbetroffene oder armutsgefährdet, wie der neue Armutsbericht des Kantons Bern zeigt. Von Armut betroffen sind nach wie vor insbesondere Alleinerziehende, Jugendliche, junge Erwachsene und schlecht ausgebildete Ausländer/innen. Der neue Sozialbericht des Kantons zeigt deutlich auf, dass von Armut junge Erwachsene betroffen sind, die in Ausbildung stehen oder gar erwerbstätig sind, und dass im Kanton Bern überdurchschnittliche viele Menschen so genannte «working poor» sind – also Personen, die trotz vollem Berufsengagement kein ausreichendes Einkommen erzielen. Arbeitgeber/innen «optimieren» ihren Lohnaufwand zu Lasten des Staates –

zu Lasten der Steuerzahler/innen. Das ist stossend und inakzeptabel. Ein Einkommen muss nicht nur die Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, Wohnen und Versicherungen abdecken. Vielmehr muss ein Einkommen auch gesunde Ernährung und Teilhabe an Sport, Kultur und anderen gesellschaftlichen Aktivitäten ermöglichen. Alles andere bedeutet Ausgrenzung und Stigmatisierung. Von Letzterem sind insbesondere – aber nicht nur – Kinder stark betroffen. Armut grenzt aus. Armut macht einsam. Und Armut macht krank. Ein Teufelskreis, aus dem betroffene Menschen oftmals nur schwer wieder herausfinden. Es braucht folglich Massnahmen und Rahmenbedingungen, damit Menschen – speziell auch alleinerziehende Mütter – arbeiten können. Dazu braucht es beispielsweise ein ausreichendes Angebot an niederschwellig zugänglichen Betreuungsplätzen für Kinder. Es braucht des Weiteren faire und gerechte Löhne. Hier setzt die Mindestlohninitiative der Gewerk-

schaften und der Linken an. Sie fordert einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn von 4'000 Franken, welcher regelmässig der Lohn- und Preisentwicklung angepasst werden soll. Die Mindestlöhne würden die Lohnungleichheit von Frau und Mann unterstützen und die Kaufkraft stärken. Die Initiative soll auch Lohndumping verhindern; es darf keinen Wettbewerb zwischen Anbietern auf dem Buckel der Arbeitnehmer/innen geben. Ein ebenfalls wichtiger Aspekt, um Armut zu verhindern, ist die Bildung. Bildung muss allen Menschen in gleichem Masse zugänglich sein und darf nicht vom Einkommen der Eltern oder vom sozialen Status abhängen. Folglich sind Frühförderangebote, wie sie die Stadt Bern mit dem Pilotprojekt «primano» erfolgreich durchführt, zwingend flächendeckend einzuführen. So wird sichergestellt, dass ein Kind beim Eintritt in den Kindergarten gerüstet ist und ein positiver Start in die Schule ermöglicht wird. Die öffentliche Schule muss die Beste

sein, sie darf nicht durch Sparmassnahmen wie Lektionenabbau geschwächt werden.

Mit der Annahme der Mindestlohninitiative und mit einer starken Bildungspolitik können wir der Armut einen Riegel schieben.

Béatrice Stucki, Grossrätin und Kandidierende für den Nationalrat



Bern-Nord
wir ergreifen Partei